Antrag im Stadtrat Pirmasens vom 22.02.2010

Die Verwaltung wird gebeten, zu überprüfen und darzulegen:
Gibt es in der Umsetzung von HARTZ-IV
für die Stadt Pirmasens
realisierbare Alternativen zur Arbeitsgemeinschaft
mit der Bundesagentur für Arbeit (BA) ?

Hintergrund und Begründung:

1.) 2004 hatten sich 69 Kommunen entschlossen, das Problem der Langzeitarbeitslosen kommunal selbst zu lösen- u.a. die Stadt Wiesbaden. Laut Pressemeldungen vom 20.01.10 und 05.02.10 erwägen mehr als 170 Kommunen jetzt den gleichen Weg- von Landkreisen bis zu Metropolen wie Hamburg, München, Stuttgart und ... Mainz. Subsidiarität hiesse, daß der Bund und seine Bundesagentur für Arbeit erst zum Zuge kommen, wenn die kommunalen Möglichkeiten ausgeschöpft sind - auch wenn es um die Verteilung von Summen wie 50 MILLIARDEN EURO für den Arbeitsmarkt 2010 geht.

2.) Gründe für vermehrt kommunale Suche nach Lösungen sind nachvollziehbar: Anlaß für Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe war 2004 Ineffiziens des Zusammenspieles der Bundesanstalt für Arbeit mit den kommunalen Trägern- an den Kommunen scheint mir dies nicht gelegen zu haben … Was am 30.03.09 im Stadtrat zu Vermittlungsproblemen Langzeitarbeitsloser in Pirmasens dargelegt wurde, habe ich am 27.11.09 in Berlin als bundeweites Problem vernommen (Expertenworkshop der DGPPN) - von Ärzten, aber auch Spitzenfunktionären von Kranken- und Rentenversicherung: Langzeitarbeitslosigkeit wird als Problem auf dem Schreibtisch immer komplexer, statistikgerecht bürokratisiert, statt konkret, einzelfallorientiert vorort gelöst.

Komunale Behörden mit orts- und personenkundigen Sachbearbeitern lösen kommunale Probleme wie Arbeitslosigkeit anders als Bedienstete einer Bundesagentur für Arbeit, bei der sich lokale Kenntnisse der Verhältnisse und Personen den Weisungen und Richtlinien aus Nürnberg bzw. Berlin unterzuordnen haben. **HARTZ-III** als Reform der Bundesagentur für Arbeit ist weiter nicht umgesetzt. Darunter leidet auch **HARTZ-IV**. In Städten mit vielen Problemfällen der Vermittlung wie Pirmasens kommt dies zum Tragen.

3.) Mit der Arbeitsgemeinschaft und der Bundesagentur für Arbeit holen wir uns auch deren Vermittlungsdefizite in die ArGe der Jobbörse bzw. die berufliche Reintegration Langzeitarbeitsloser in Pirmasens.

4.) Eine „ Entwürdigende HARTZ-IV-Welt " (SÜDDEUTSCHE ZEITUNG vom 17.02.10) führt zur Verabschiedung aus unserem politisch-sozialen System durch: Gleichmacherei und Zusammenwürfeln von Schiksalen, die nicht zusammen gehören. Ein Alg-II-Bezieher mittleren Alters mit Kindern noch in Ausbildung und unbezahlter Immobilie ist in einer völlig anderen Situation als ein Alg-II-Bezieher unmittelbar vor Altersrente. In schlechten Sozialverhältnissen längst verelendete Langzeitarbeitslose bedürfen nochmals komplett anderer Hilfen. Diese Differenzierungen fehlen mir auch in Pirmasens.

5.) Durch Vermittlungs-Versäumnisse bedingte Stabilisierungen als „ HARTZ-IV-Fälle " oder gar „ generationen-übergreifende HARTZ-IV-Familien " abseits des realen Arbeitslebens kann sich (auch wenn aktuelleVermittlungs-Statistik etwas Anderes vorgaukelt !) eine Stadt im demographischen Wandel wie Pirmasens nicht erlauben: weder in Hinsicht auf spätere kommunale Folgekosten noch in Hinsicht auf die bis in spätere Generationen greifende soziale Dysbalance zwischen Arbeitenden und Transferleistungsempfängern.

Illustration per Fallbeispiel:
die 29-jährige Tochter von Bekannten

* **im Oktober/November 2009 sehr belastet wie ihre Eltern:**
* **3 Mal in Ausbildungen gescheitert im Bereich Banken/ Wirtschaft;**
* **an Universität, Fachhochschule und in Ausbildungseinrichtung der Arbeitsverwaltung;**
* **Ziel im Oktober/November 2009 ist Handwerkliches, d.h. in einer Küche und scheint ihrem Umfeld erstmals realistisch zu Talent und Neigung der jungen Frau passend.**

Idealfall Arbeitsvermittlung

1.) Vermittler weiß bei Fall in PS: z.B. Hotel Kunz bildet aus;

2.) Vermittler ruft z.B. Hotel Kunz an wegen Termines, ob die Frau vom Typ her zum Konzept des Betriebes passt;

3.) falls ja, baldiges Praktikum zur Frage: Hat das 4. Ausbildungsziel Perspektive – bei Lebensalter immerhin 29 Jahre ?

4.) schnelle Verfügbarkeit eines „ Paketes “ für Versicherungen und Lebensunterhalt während eines Praktikums mit dem Ziel: Arbeits- wenn nicht sogar noch Ausbildungs-Verhältniss !

→ **emigrierte Deutsche Ärzte bei Workshop 27.11.09 = Vermittlungsrealität in Niederlanden & Skandinavien**

Realität Arbeitsvermittlung

1.) Ausbildungseinrichtung in anderem Bundesland;

2.) Vorstellung medizinisch-psychologischer Dienst, da sie „ depressiv “ wirkt (Anm.: was sonst, s.o. ?)

3.) Überprüfung der Zuständigkeit Rentenversicherung für die Kosten ?

4.) nächster Termin bei der Arbeitsverwaltung: Januar/Februar 2010 ...
= 3 Monate quälendes Nichts
= Depressions-Förderung

→ **4 Auskünfte, typisch für jede deutsche Arbeitsvermittlung**

zu der deutschen Realität der Arbeitsvermittlung:

zu 1.) Hinten-Anstellung der Ausbildungseinrichtungen vorort-
= Verkennung der Möglichkeiten und Personen vorort;

= Verkennung der Bedeutung stützenden sozialen Umfeldes vorort: Familie, Freunde, Verein = wichtig für berufliche Reintegration gerade dann, wenn die depressive Verunsicherung durch Misserfolge wie hier groß geworden ist;

zu 2.) Befundanforderung durch Arbeitsverwaltung & Renten-
+ 3.) versicherung von Ärzten + Forderung aktueller Befunde
= Bürokratiezuwachs für die Arztpraxen,
= Problemverlagerung in den Krankenkassen-Bereich, z.B. wenn zuerst Behandlung und Rehabilitation einer „ reaktiven Depression “ gefordert wird, die sich erst durch gelungene berufliche Reintegration auflösen kann !

Begutachtungen (Arbeitsverwaltung/Rentenversicherung)
= Befunderhebungen
= Befundvermehrungen
= Zuwächse an Vermittlungshindernissen

} Vermittelbarkeit wird immer schlechter !

Bundesagentur für Arbeit ↔ Deutsche Rentenversicherung
= Bürokratisierung von realen Vermittlungsproblemen
= „ Sozialer Verschiebebahnhof “ statt realer beruflicher Reintegration

zu 4.) 3 Monate bis zum nächsten Termin … Imaginations-Übung: wie würden wir uns als Eltern fühlen, wenn die einzige Tochter es mit 29 Jahren noch zu nichts gebracht hat und Ausbildungsbetriebe in der Nähe ungenutzt bleiben ?

→ **<u>Pakt für Pirmasens</u> ist für Vorschulzeit & Schulumfeld wichtig,**
→ **<u>Optimierung Pirmasenser Schulen</u> ist wichtig,**

aber:

→ **<u>Optimierung beruflicher Ausbildung & Reintegration</u> muß dann die logische Folge sein !**

→ **<u>Arbeitslosigkeit</u> ist zunehmend Problem auch <u>Qualifizierter</u>**
v.a. <u>hochspezialisiert</u> <u>Qualifizierter</u> oder
<u>älterer Qualifizierter</u> bzw.
<u>junger Qualifizierter ohne Berufserfahrung</u>
= morgen ein Problem für Manchen,
der dies heute noch nicht glauben kann,
→ HARTZ-IV ist kein „ Unterschicht-Phänomen “ !!!

→ **Arbeitsmarkt = schwierig bei Defiziten an Qualifikation, Erfahrung, Jugend etc.**
→ **<u>Alle</u> können wir nicht vermitteln,**
das Beispiel zeigt aber:
Wir könnten <u>besser</u> und <u>mehr</u> vermitteln !

Dr.med. Karl-Josef Klees
Freier Wählerblock FWB Pirmasens

Nachtrag
in die laufende Debatte bei
Stadtratsabstimmung am 27.09.10
über die Fortsetzung der Arbeitsgemeinschaft (ArGe)
mit der Bundesagentur für Arbeit

2 wiederholte Kritikpunkte am Ist-Zustand

I .) Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen für Alg-II-Bezieher.

Die Praxisbelastung seit HARTZ-IV durch um Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung nachsuchende Langzeitarbeitslose, die in Massnahmen nicht zurecht kommen und nach Massnahmenende nicht mehr kommen, findet 3 Erklärungen:

1.) Die *„ Frage der Forder- und Förderbarkeit "*, eine Aufgabe der Vermittlung, d.h. auch des medizinisch-psychologischen Dienstes der Bundesagentur für Arbeit in der ArGe, wird hier in die Arztpraxis verlagert, d.h. aus der Arbeitsverwaltung in die Krankenkassenversorgung (= „ Sozialer Verschiebebahnhof ").

2.) „ Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung " beendet in der HARTZ-IV-Behörde das nicht leichte Thema *„ Sanktion "*, stellt aber dessen ungeachtet Problemverlagerung von der Arbeitsvermittlung in die Krankenkassenversorgung dar (= „ Sozialer Verschiebebahnhof ").

3.) Arbeitsunfähig Geschriebene sind nicht mehr „ arbeitslos " sondern „ arbeitssuchend " und damit aus der politisch hochbrisanten *„ Arbeitslosen-Statatistik "*. Hier besteht kein kommunales Interesse. Hier besteht aber ein hohese Interesse der Bundesregierung, d.h. des Bundes, d.h. einer Bundesagentur für Arbeit, deren „ Sozialer Verschiebebahnhof " sich hier über die ArGe auch in die Jobbörse Pirmasens fortzusetzen scheint.

II.) „ Kostspielige Bürgerarbeit “ in FAZ vom 10.07.2010

Wer wie der Arzt erlebt hat, dass ehemalige US-Angestellte, Post- und Bahnmitarbeiter in den realen Arbeitsmarkt i.d.R. nicht mehr integrierbar waren, konnte schlussfolgern: „ öffentliche Arbeit “ inspiriert vom „ öffentlichen Dienst “ droht auf Dauer ein „ Vermittlungshemmnis “ für die Realwirtschaft zu werden.

So erstaunt der FAZ-Artikel von Kerstin Schwenn auf Seite 9 nicht: „ Sachsen-Anhalt hat 3 Jahre Erfahrung mit einem Modellversuch. Doch nur ein Zehntel der Bürgerarbeiter findet dort den Weg auf den ersten Arbeitsmarkt “. Dennoch werde von der Bundesregierung, d.h. dem Bund, d.h. einer Bundesagentur für Arbeit, „ Bürgerarbeit “ als „ konsequenteste Form des Forderns und Förderns “ eingestuft und mit 430 MILLIONEN EURO pro Jahr bedacht, ungeachtet, dass „ reguläre Arbeit könnte verdrängt werden “. Auch Menschen in Bürgerarbeit wie in allen „ arbeitsmarktpolitischen Massnahmen “ sind wie arbeitsunfähig Geschriebene aus der politisch hochbrisanten Arbeitslosenstatistik. Hier besteht kein kommunales Interesse. Eine kommunale Vermittlung Langzeitarbeitsloser könnte mehr Abstand haben vom Bund und seinen Statistiken und damit mehr Möglichkeiten zu arbeitslosenzentrierter, nachhaltiger und realer Einzel-Integrationen in den realen Arbeitsmarkt, d.h. in die Realwirtschaft. Gelunge reale berufliche Reintegration Einzelner nutzt der Kommune weit mehr als die Tagesstatistik der Arbeitslosigkeit für den Bund.

Dr.med. Karl-Josef Klees
Freier Wählerblock FWB Pirmasens